

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Stefanie Remlinger (GRÜNE)

vom 14. März 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. März 2014) und **Antwort**

Welche Rolle spielen Aspekte von Migration und Diversity im Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zum Landeskonzept Berufs- und Studienorientierung (BSO)?

Zu 1.: Zur Erstellung des Landeskonzepts Berufs- und Studienorientierung tagen regelmäßig das Vorbereitungsteam, der Steuerkreis und der Beirat. Weiterhin werden anlassbezogen Expertinnen und Experten beteiligt. In einem intensiven Abstimmungsprozess haben der Steuerkreis und der Beirat bisher Leitlinien festgelegt, Handlungsfelder aufgestellt sowie Standards für Mindestangebote der Berufs- und Studienorientierung für die Integrierte Sekundarschule, die Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt und für die Gymnasien für die jeweiligen Jahrgangsstufen 7 - 10 bzw. 12 und 13 erfasst und dargestellt. Bis zum Beginn des Schuljahres 2014/15 sollen die Handlungsfelder differenzierter dargestellt und ihr Bezug zu den Leitlinien deutlich herausgearbeitet werden. Weiterhin soll das Landeskonzept einen Serviceteil enthalten, in dem u.a. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vorgestellt, Aufgabenprofile für Koordinatorinnen und Koordinatoren für Berufs- und Studienorientierung sowie Checklisten für z. B. Betriebspraktika oder Elternarbeit aufgelistet, Mustervereinbarungen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern aufgeführt, Qualitätskriterien für Angebote aus der Wirtschaft und für Projektträger formuliert werden.

2. Welche Aufgabe soll das Landeskonzept zur BSO erfüllen?

Zu 2.: Zielsetzung des Landeskonzeptes ist es,

- Transparenz über die berufs- und studienorientierenden Angebote im Land Berlin zu erreichen,
- eine sinnvolle Verzahnung und Kooperation der Akteure zu bewirken,
- die berufs- und studienorientierenden Angebote systematisch in schulisches Lernen einzubinden,

- für Schülerinnen und Schüler an allen allgemein bildenden Berliner Schulen ein in sich schlüssiges, jahrgangsübergreifendes berufs- und studienorientierendes Mindestangebot zu definieren, das der Vielfältigkeit der Jugendlichen entspricht,
- Schule zu befähigen, ein berufs- und studienorientierendes Schulkonzept aufzustellen, dieses nachzuhalten und es bei Bedarf sukzessive anzupassen.

Im Bereich der Berufs- und Studienorientierung gibt es bereits eine Vielzahl guter Aktivitäten und Konzepte, um die berufliche Orientierung von Schülerinnen und Schülern nachhaltig zu unterstützen. Für eine gelungene Orientierung sind Angebote an verschiedenen Lernorten und mit Partnern erforderlich, um die berufliche und unternehmerische Praxis mit dem Lernen in der Schule zu verbinden.

Die gelungenen Ansätze der Berufs- und Studienorientierung sollen ausgebaut und in ein systematisches, verbindliches, transparentes und nachhaltiges System der Berufs- und Studienorientierung überführt werden, das allen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommt.

3. Wann tagt die nächste SOKO und soll das Landeskonzept zur BSO im Rahmen dieser Sitzung präsentiert werden? Oder wie sieht ansonsten der Zeitplan der Fertigstellung aus?

Zu 3.: Der Regierende Bürgermeister lädt für den 28. April 2014 zur nächsten Sitzung der Sonderkommission Ausbildungsplätze und Fachkräfteentwicklung ein. Hauptthema dieser Sitzung soll die Jugendberufsagentur Berlin sein. Das Landeskonzept zur Berufs- und Studienorientierung soll möglichst zum Schuljahr 2014/15 fertiggestellt sein.

4. Welche Akteure sind an der Erstellung des Konzeptes beteiligt (namentliche Nennung)?

Zu 4.: Das Landeskonzept Berufs- und Studienorientierung entsteht unter Beteiligung zentraler Akteure. Zu den Akteuren gehören

- der Steuerkreis, dazu zählen Vertreterinnen und Vertreter aus den zuständigen Fachabteilungen der SenBildJugWiss, die Federführung für das Landeskonzept hat das Referat II A der SenBildJugWiss, und der SenArbIntFrau sowie Vertreterinnen und Vertreter der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit;
- der Beirat, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Handwerkskammer Berlin, der Industrie- und Handelskammer, der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg, des Verbands der Freien Berufe, des Deutschen Gewerkschaftsbunds, der Hochschulen und anlass- und themenbezogen weiteren Institutionen zusammensetzt.

5. In welcher Form sind die Senatsverwaltungen für Arbeit, Integration und Frauen sowie Wirtschaft, Technologie und Forschung an der Erstellung des Landeskonzeptes zur BSO beteiligt?

Zu 5.: Die Senatsverwaltungen für Arbeit, Integration und Frauen (SenArbIntFrau) sowie für Wirtschaft, Technologie und Forschung (SenWiTechForsch) sind ebenso wie die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (SenBildJugWiss) Mitglieder in der Sonderkommission für Ausbildungsplatzsituation und Fachkräfteentwicklung sowie im Landesausschuss für Berufsbildung. In diesen Gremien wurde die Notwendigkeit für die Erstellung eines Landeskonzeptes für Berufs- und Studienorientierung erkannt und die Umsetzung initiiert. Die SenArbIntFrau ist im Steuerkreis und im Beirat für das Landeskonzept Berufs- und Studienorientierung vertreten.

6. Inwiefern sind Migrantenorganisationen bei der Erstellung des Landeskonzeptes beteiligt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Prognosen zufolge ab 2020 rund die Hälfte der Jugendlichen unter 16 Jahren einen Migrationshintergrund aufweisen wird? Wenn ja, welche? Wenn nein: Warum nicht?

Zu 6.: Im Rahmen der Expertenbeteiligung bei der Erstellung des Landeskonzeptes für Berufs- und Studienorientierung können auch Migrantenorganisationen einbezogen werden. Dazu bedarf es noch der Abstimmung mit der Beauftragten für Integration und Migration des Landes Berlin.

7. Wie sichert der Senat bei der Erstellung des Landeskonzeptes für die BSO die migrations- und integrationsbezogene Expertise insgesamt?

Zu 7.: Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen ist im Steuerkreis und im Beirat für das Landeskonzept Berufs- und Studienorientierung vertreten. Dadurch ist gewährleistet, dass auch die Expertise der Beauftragten für Integration und Migration des Landes

Berlin bei der Erstellung des Landeskonzeptes zur Berufs- und Studienorientierung einbezogen wird.

8. In welcher Form werden interkulturelle Aspekte von Berufs- und Studienwahlverhalten ins Landeskonzept zur BSO implementiert?

9. Welche Mindeststandards an interkulturellen Kompetenzen formuliert das Landeskonzept für schulische und außerschulische Akteure?

10. Welche Rolle spielen die sonstigen Dimensionen der Diversity im Landeskonzept zur BSO?

11. Wie stellt der Senat sicher, dass Diversity im Rahmen des Landeskonzeptes zur BSO mit der nötigen Tiefenschärfe verankert wird?

Zu 8. bis 11.: Im Rahmen des Berliner Programms „Berlin braucht Dich!“, das 2006 vom Berliner Senat initiiert wurde, entwickeln Schulen und Betriebe attraktive Berufsorientierungsangebote für Jugendliche mit Migrationshintergrund, damit diese sich mit der Möglichkeit einer Ausbildung beim Land Berlin, den Berliner Landesbetrieben und in der Metall- und Elektroindustrie als berufliche Perspektive auseinandersetzen können. Das Berufliche Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten (BQN Berlin) begleitet, moderiert und steuert die Prozesse. Im Rahmen der Expertenbeteiligung bei der Erstellung des Landeskonzeptes für Berufs- und Studienorientierung wird auch BQN Berlin einbezogen. Ebenso ist die Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen an dem Prozess der Erstellung des Landeskonzeptes beteiligt.

Das Landeskonzept zur Berufs- und Studienorientierung enthält Leitlinien und Handlungsfelder. In den Leitlinien wird u.a. formuliert, dass alle schulischen Angebote den Standards einer geschlechtersensiblen und diskriminierungsfreien Gestaltung entsprechen und zum Abbau bestehender Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Behinderungen beitragen sollen. Wie diese Leitlinien in der praktischen Umsetzung ihre Entsprechung finden sollen, wird in den Handlungsfeldern dargestellt, welche zurzeit noch vertiefend zusammengestellt werden.

Berlin, den 24. März 2014

In Vertretung

Mark Rackles
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Apr. 2014)